

31. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

26. November 1959

56/J

A n f r a g e

der Abgeordneten H o l z f e i n d , P ö l z e r , M a t e j c e k und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die Weiterleitung von Personalakten des Postsparkassenamtes an das personalpolitische Referat der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei.

-.-.-.-.-

Eine Frau sandte auf Grund eines Zeitungsinserates eine Bewerbung um Aufnahme in das Postsparkassenamt. Einige Tage darnach wurde sie schriftlich eingeladen, im personalpolitischen Referat der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei vorzusprechen. Da sie selbst verhindert war, schickte sie einen Angehörigen in die ÖVP-Bundesparteileitung. Dort blätterte ein Angestellter den Akt der Frau durch und gab dem Mann einen Fragebogen mit dem Bemerkungen, die Bewerberin möge ihn ausfüllen und zurückschicken. Der Akt des personalpolitischen Referates bestand aus dem Bewerbungsschreiben der Frau an das Postsparkassenamt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) War der Herr Bundesminister davon unterrichtet, dass offensichtlich laufend Aufnahmeansuchen, die bei einer ihm unterstehenden staatlichen Dienststelle anlaufen, an die Österreichische Volkspartei zur Überprüfung weitergeleitet werden?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, eine strenge Untersuchung einzuleiten und die für diesen Missbrauch Verantwortlichen disziplinar zu bestrafen?
- 3.) Ist der Herr Bundesminister bereit, alle ihm unterstehenden Dienststellen anzuweisen, dass Bewerbungsschreiben und Personalakten keiner politischen Partei weitergegeben werden dürfen?

-.-.-.-.-